



Erweiterter Lenkungsausschusses von SDSN Germany tagt zu sozialpolitischen Herausforderungen in Deutschland

Am 11. September 2018 fand der 8. Erweiterte Lenkungsausschuss von SDSN Germany bei der Verbraucherzentrale Bundesverband in Berlin statt. Die etwa 40 Teilnehmenden berieten über die Bedeutung der Sustainable Development Goals (SDGs) für die Sozialpolitik in Deutschland und die Verantwortung von Politik und Wissenschaft in Zeiten des Populismus.

Dirk Messner, Ko-Vorsitzender von SDSN Germany, verwies einleitend auf eine zu beobachtende Diskursverschiebung im Zusammenhang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 SDGs: Neben den ökologischen und entwicklungspolitischen Fragen gewinne und verdiene die soziale, gesellschaftspolitische Dimension von Nachhaltigkeit gerade auch in den „alten“ Industrieländern verstärkt Beachtung. Der auch hier gegebene Handlungsbedarf sei lange Zeit übersehen worden. In vielen Industrieländern sei soziale Kohäsion gefährdet und führe auch zu Abwehrhaltungen gegenüber Nachhaltigkeitstransformationen. Die Frage sei, ob die Agenda 2030 hier einen hilfreichen Referenzrahmen für die gesellschaftspolitische Debatte bilden könne. SDSN Germany sei deshalb sehr dankbar, dass für dieses Thema und diese Sitzung vier namhafte Impulsgeber aus sozial- und gesellschaftspolitischer Sicht gewonnen werden konnten und auch die Parlamentarische Staatssekretärin im BMU, Rita Schwarzelühr-Sutter, sich später mit einer Keynote an die Teilnehmenden wenden werde.

Als erste Impulsgeberin betonte *Anna-Katharina Dietrich* (Geschäftsführerin, Nationale Armutskonferenz, NAK) die Notwendigkeit der gesellschaftlichen und politischen Einbindung von Menschen mit Armutserfahrung, auch im „globalen Norden“. Die NAK verfolge hier einen menschenrechtsbasierten Ansatz. Ihre Arbeit betreffe vor allem das SDG 1 „Keine Armut“, aber auch jenes zu Ungleichheit, insbesondere (SDG 10 „Ungleichheit verringern“). Hier gebe es allerdings in Deutschland der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie allein schon hinsichtlich einer adäquaten Problembeschreibung deutliche Defizite, so werde etwa Kinderarmut nicht explizit wirklich thematisiert. Bezüglich der Indikatoren sei der verwendete Indikator der materiellen Deprivation zur Armutsmessung unambitioniert und ungeeignet; die NAK plädiert hier für die Verwendung der Armutrisikoquote. setze sich die NAK dafür ein, neben „absoluten“ Indikatoren auch „relative“, Teilhabe-bezogene Zielindikatoren zu formulieren. Auf der Maßnahmenebene könne man beispielsweise Armut nicht allein durch mehr Arbeitsplätze effektiv zurückdrängen, wenn gleichzeitig der Niedriglohnsektor expandiere. Michael David (ebenfalls NAK sowie Diakonie Deutschland) wies ergänzend darauf hin, dass Armut nicht nur punktuell, sondern auch strukturell bekämpft werden müsse. In Hinblick auf die SDGs sollten die Interdependenzen zwischen sozialer Teilhabe und Umwelt gesehen

werden. Derzeit würde armutsbedingt etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung aus der Demokratie und damit auch aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs ausgegrenzt.

Brigitte Döcker (Vorstandsmitglied, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, AWO) erläuterte, dass sich die Arbeiterwohlfahrt mit Blick auf die SDGs inzwischen als relevanter Akteur sehe. Für die AWO wichtige SDGs seien Gesundheit (SDG 2), Bildung (SDG 3), aber auch Gendergerechtigkeit (SDG 5), menschenwürdige Arbeit (SDG 8), bezahlbare Energie (SDG 7). *Brigitte Döcker* betont ferner die Teilhabegerechtigkeit gerade auch hinsichtlich des Zugangs zur digitalen Welt. Hier gebe es Entwicklungsbedarfe auch in Deutschland. Eine weitere politische Herausforderung sei die aktuelle Diskreditierung des Sozialstaats. Als große Organisation mit über 250.000 Mitarbeitenden stehe die AWO aber auch selber vor der Herausforderung, Nachhaltigkeitsziele wie z.B. im Klimabereich in der eigenen Arbeit zum Tragen kommen zu lassen. Hier stehe man noch am Anfang, thematisiere jedoch diese Anliegen zunehmend. Dies betreffe z.B. nachhaltige Ernährung in Pflegeeinrichtungen oder mobile soziale Dienste. Jedoch offenbarten sich hierbei aufgrund der in diesen Bereichen sehr engen finanziellen Grenzen erhebliche Zielkonflikte.

Nils Goldschmidt (Professor für kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung, Universität Siegen) plädierte für eine Ordnung der Wirtschaft, die dem Einzelnen diene und nicht zum Selbstzweck werde. Wirtschaft für den Menschen müsse zum Ziel einer neuen Ordnungsökonomik werden, wie sie z.B. die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft vertrete. Heute müsse man Marktwirtschaft mit den SDGs zusammendenken und den Weg zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft finden. Nils Goldschmidt verwies in diesem Zusammenhang auf das Konzept einer „Vitalpolitik“, die Wohlstand als Lebensperspektive, Inklusion und Teilnahme verstehe.

Johannes Wallacher (Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik und Präsident, Hochschule für Philosophie München) knüpfte in seinem Beitrag u.a. an die päpstliche Enzyklika *Laudato Si* an und sah das „gemeinsame Haus“ bedroht. Die gesellschaftliche Kohäsion werde durch Partikularinteressen beeinträchtigt. Krisen in einem Bereich werden auf andere abgewälzt. In Umweltfragen gebe es deshalb bereits extreme Schief lagen. Es brauche daher eine ganzheitliche Betrachtung, die nicht nur auf Materiellem basiert. Wichtig sei, dass ein „genug“ als kultureller Wert etabliert werde. Anspruch müsse ein menschenwürdiges Leben für alle und eine gerechte Verteilung von Handlungschancen sein. Ein reines Weiterwachsen von Wirtschaft sei angesichts von Trade-offs und Kostenverfälschungen wie bei Flugverkehr oder Fleischkonsum nicht angemessen. *Johannes Wallacher* betonte ferner, dass Populismus auch in einer Identitätsdiffusion wurzele, und mahnte ein neues positives Verständnis von Heimat an.

Rita Schwarzelühr-Sutter (Parlamentarische Staatssekretärin im BMU) stellte in ihrer Keynote zu „Verantwortung von Politik und Wissenschaft in Zeiten des Populismus“ die Frage, wie in einem schwierigeren gesellschaftspolitischen Umfeld die Themen der Agenda 2030 kommuniziert werden könnten. Es gelte, diese nicht nur innerhalb einer engeren

Nachhaltigkeits- oder Umwelt-Community zu diskutieren, sondern die Interdependenzen einer Vielzahl von Politikfeldern sichtbar zu machen. *Rita Schwarzelühr-Sutter* bemängelt, dass auch in der Wissenschaft wichtige Synergien oft verkannt würden. Herausforderungen wie beispielsweise negative Tendenzen bei der Verteilungsgerechtigkeit, erhebliche Risiken in den wachsenden Finanzmärkten, aber auch Migration und eine Beschleunigung in allen Bereichen führten zu Verunsicherung und Angst vor Veränderung. Dies wirke entwicklungshemmend und sei Nährboden für Populismus. Angesichts solcher Tendenzen gestalte sich das Gründen von Allianzen für Veränderung schwieriger. *Rita Schwarzelühr-Sutter* betonte, dass man sich deshalb keine einzelnen Ziele aus der Agenda 2030 herauspicken dürfe, sondern diese als zusammenhängendes Paket zu behandeln sei. Entsprechend sollten geeignete Diskurs- und Handlungsstrukturen bereitgestellt werden, um in inklusiver Weise Veränderung in Richtung der 17 SDGs zu erreichen.

Im anschließenden Austausch wurde immer wieder die Notwendigkeit betont, angesichts der „Zumutungen der Transformation“ Teilhabe und neue Bündnisse in den Mittelpunkt zu stellen. Man müsse sich zwar der Zielkonflikte bewusst sein, gleichzeitig aber die enormen Kosten sehen, wenn man nicht integrativ denke. Statt Ängste zu verstärken und Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen sollte vielmehr über Chancen gesprochen und Vertrauen geschaffen werden. Betont wurde auch, dass die SDGs in den Wohlfahrtsverbänden noch nicht in der notwendigen Breite angekommen seien. Hier müsse man deren Mehrwert stärker kommunizieren und auf Positives fokussieren. Ähnlich sei es auch bei den Verbraucherverbänden. Verbraucher seien als Menschen „verletzlich“ und auf verantwortliches Handeln auch von Regierung und Wirtschaft angewiesen. Wiederholt wurde angeregt, soziale Themen und die SDGs auch mit Blick auf die Europawahl 2019 zusammenzudenken.

Bonn 23.11.2018